

No. 35118

**Federal Republic of Germany
and
Poland**

**Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the
Government of the Republic of Poland concerning cooperation with regard to
effects of migratory movements (with protocol). Bonn, 7 May 1993**

Entry into force: 14 April 1994, in accordance with article 8

Authentic texts: German and Polish

Registration with the Secretariat of the United Nations: Germany, 10 September 1998

**République fédérale d'Allemagne
et
Pologne**

**Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le
Gouvernement de la République de Pologne relatif à la coopération concernant
les effets des mouvements migratoires (avec protocole). Bonn, 7 mai 1993**

Entrée en vigueur : 14 avril 1994, conformément à l'article 8

Textes authentiques : allemand et polonais

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : Allemagne, 10 septembre
1998**

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Abkommen

zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Polen
über die Zusammenarbeit hinsichtlich der
Auswirkungen von Wanderungsbewegungen

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Polen

- in dem Bestreben, im Geiste des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991 konstruktiv zusammenzuwirken,
- in der Erkenntnis, daß die Einbeziehung der Republik Polen in die Europäischen Gemeinschaften, darunter ihre Beteiligung an der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Gemeinschaften im Bereich Asylrecht im Interesse beider Staaten und der europäischen Zusammenarbeit liegt.
- in dem Bewußtsein ihrer Verpflichtungen aus dem Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge in der Fassung des Protokolls vom 31. Januar 1967 und aus der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten,

- in dem Bestreben, ein regionales und in Zukunft gesamt-europäisches System von Rückübernahmeverträgen zu schaffen,
- in dem Bewußtsein, daß unkontrollierte Wanderungsbewegungen in den gegenwärtigen Größenordnungen und die von den europäischen Staaten getroffenen Maßnahmen sowie die Änderung des Asylrechts in der Bundesrepublik Deutschland einen verstärkten Zustrom von Flüchtlingen und illegalen Zuwanderern in die Republik Polen verursachen, auch als Ergebnis einer vermehrten Rückführung von Personen aus der Bundesrepublik Deutschland in die Republik Polen aufgrund des Übereinkommens der Schengener Staaten mit der Republik Polen betreffend die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt vom 29. März 1991,

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

1. Die Vertragsparteien bestätigen ihre gegenseitigen Verpflichtungen aus dem Übereinkommen zwischen den Regierungen der Schengener Staaten und der Regierung der Republik Polen betreffend die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt vom 29. März 1991.
2. Die Vertragsparteien beschließen, daß die Bestimmungen des in Absatz 1 genannten Übereinkommens keine Anwendung finden auf Personen, die sich auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland befunden und einen Asylantrag gestellt haben vor einem Datum, das in einem Notenwechsel durch die Vertragsparteien festgelegt wird.

3. Die Vertragsparteien beschließen, daß die Bestimmungen des in Absatz 1 genannten Übereinkommens keine Anwendung finden auf Personen, die die Voraussetzungen für eine Einreise nicht erfüllen und sich mit Wissen der jeweiligen Behörden länger als sechs Monate auf dem Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien befinden.
4. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird auch nach dem in Absatz 2 genannten Zeitpunkt Asylanträge von Personen prüfen, die bei der Einreise in das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland die Voraussetzungen für die Einreise erfüllt haben.

Artikel 2

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird sich an den Kosten beteiligen, die die Regierung der Republik Polen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Institutionen zu tragen hat, die sich mit der Prüfung von Asylanträgen oder Anträgen auf die Anerkennung als Flüchtling sowie mit der Ausbildung von Personal beschäftigen, das Verfahren dieser Art bearbeitet, und wird hierzu auch administrative Hilfe gewähren.

Artikel 3

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird der Regierung der Republik Polen Unterstützung leisten bei der Ausstattung mit Transport- und Kommunikationsmitteln sowie technischer Ausrüstung und organisatorische und finanzielle Hilfe, um unkontrollierten Wanderungsbewegungen entgegenzuwirken.

Artikel 4

1. Die in Artikel 2 und 3 genannten Leistungen betreffen insbesondere:
 - den Ausbau des technischen Systems der Sicherung der Staatsgrenze der Republik Polen,
 - die finanziellen Belastungen der Regierung der Republik Polen, die im Zusammenhang mit der verstärkten Rücküberstellung von Ausländern aus der Bundesrepublik Deutschland in die Länder, aus denen diese Personen gekommen sind, bzw. in ihre Herkunftsänder entstehen,
 - den Aufbau einer Infrastruktur zur Durchführung von Asylverfahren und den Unterhalt von Asylbewerbern und Personen, die den Status eines Flüchtlings beantragen, im Zusammenhang mit der steigenden Zahl von Verfahren dieser Art,
 - die Schaffung eines zentralen Erfassungssystems von Ausländerdaten,
 - die Ausbildung für Beamte des Grenzschutzes und der Polizei sowie der mit Asylverfahren befaßten Personen.
2. Art und Umfang der Leistungen sowie weitere Einzelheiten des Leistungsprogramms und seine Abwicklung werden durch Zusatzprotokolle, die Bestandteil dieses Abkommens sind, für jeweils zwei Jahre von den Innenministern der Vertragsparteien festgelegt.

Artikel 5

Die Vertragsparteien werden sich gegenseitig über Tendenzen und Ereignisse unterrichten, die zu einer sprunghaften oder massiven Zunahme von Flüchtlingen bzw. illegalen Zuwanderern auf dem Hoheitsgebiet ihrer Staaten führen können.

Artikel 6

1. Wenn außergewöhnliche Ereignisse zu einem sprunghaften oder massiven Zustrom von Flüchtlingen oder illegalen Zuwanderern auf das Hoheitsgebiet der Republik Polen führen, wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bestimmten Gruppen dieser Personen die Einreise in das Hoheitsgebiet ihres Staates gestatten.
2. Die Vertragsparteien werden einvernehmlich das Eintreten der Voraussetzungen nach Absatz 1 feststellen sowie die Zahl und das Verfahren der Aufnahme von Personen regeln.
3. In den in Absatz 1 genannten Fällen können die Vertragsparteien daneben andere Formen der Hilfe vereinbaren.

Artikel 7

1. Es wird ein ständiger Ausschuß eingesetzt, in den die Vertragsparteien jeweils drei Vertreter entsenden. Der Ausschuß tritt mindestens einmal jährlich zusammen.

2. Der Ausschuß hat die Aufgabe, die Durchführung dieses Abkommens zu beurteilen und, soweit erforderlich, Vorschläge an die Vertragsparteien zur Anwendung und Auslegung dieses Abkommens zu erarbeiten.

Artikel 8

1. Dieses Abkommen tritt nach Ablauf von dreißig Tagen nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander durch Notenwechsel mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.
2. Die Vertragsparteien vereinbaren, dieses Abkommen vom achten Tag nach seiner Unterzeichnung an vorläufig anzuwenden.

Artikel 9

1. Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
2. Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen nach Konsultation der anderen Vertragspartei aus wichtigem Grund durch Notifikation suspendieren oder kündigen.

3. Die Suspendierung oder Kündigung tritt nach Ablauf von sechs Monaten nach Eingang der Note über die Suspendierung oder Kündigung dieses Abkommens bei der anderen Vertragspartei in Kraft.

Geschehen zu Bonn
am 07. Mai 1993

in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache,
wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland

Für die Regierung der
Republik Polen

Jürgen Trümper

Andrzej Mikołajczyk

Widow Mikołajczyk

P R O T O K O L L
vom 07. Mai 1993
zum Abkommen

zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Polen
über die Zusammenarbeit hinsichtlich der
Auswirkungen von Wanderungsbewegungen

§ 1

In Übereinstimmung mit Art. 4 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit hinsichtlich der Auswirkungen von Wanderungsbewegungen gewährt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Polen eine Finanzhilfe in Höhe von 120 Mio DM (in Worten: einhundertzwanzig Millionen DM) für die Jahre 1993 - 1994.

§ 2

1. Die in § 1 genannte Finanzhilfe wird in folgender Weise gewährt:

- a) Die erste Rate in Höhe von 40 Mio DM (in Worten: vierzig Millionen DM) wird unmittelbar nach Beschuß des Bundesrates über die Änderung des Asylrechts in der Bundesrepublik Deutschland überwiesen.

- b) Die folgenden Raten werden wie folgt überwiesen:
- Bis zum 10. Januar 1994 - 25 Mio DM (in Worten:
fünfundzwanzig Millionen DM),
bis zum 10. April 1994 - 25 Mio DM (in Worten:
fünfundzwanzig Millionen DM),
bis zum 10. Juli 1994 - 30 Mio DM (in Worten:
dreißig Millionen DM).

Die in Absatz 1 genannten Quoten werden auf ein von der Regierung der Republik Polen zu benennendes Bankkonto überwiesen.

§ 3

Die in § 1 genannte Finanzhilfe wird an die Institutionen überwiesen, die für die Realisierung der Aufgaben zuständig sind, die Bestandteil des Programms für Maßnahmen im Bereich der Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern sowie für Maßnahmen zur Verstärkung des Schutzes der Grenzzone der Republik Polen sind.

Die in Absatz 1 genannten Aufgaben, die Bestandteil des Maßnahmenprogramms sind, umfassen insbesondere

- a) im Rahmen der Schaffung einer Flüchtlings- und Asylinfrastruktur:
- Durchführung des Verfahrens zur Gewährung des Flüchtlingsstatus und der Zuverkennung des Rechts auf Asyl,
 - Schaffung von und Aufsicht über Einrichtungen zur Aufnahme und zum Aufenthalt von Flüchtlingen und Asylbewerbern,

- Schulung von Personal, das mit der Durchführung des Asylverfahrens befaßt ist,
 - Ausstattung mit zusätzlichen Mitteln für Transport, Kommunikation und Datenverarbeitung sowie mit Bürotechnik;
- b) im Rahmen der Verstärkung des Schutzes der Grenze der Republik Polen:
- Bau neuer und Ausbau vorhandener Objekte des Grenzschutzes,
 - Kauf von Transportmitteln,
 - Ausbau und Modernisierung des Kommunikationsystems,
 - Maßnahmen zur Vermeidung illegaler Zuwanderung und zur Bekämpfung der organisierten Grenzkriminalität;
- c) im Rahmen der Verstärkung des Schutzes der öffentlichen Ordnung:
- Ausrüstung der Polizei mit zusätzlichen Mitteln für Transport, Kommunikation und Datenverarbeitung,
 - Organisation und Finanzierung der Rückführung von Ausländern in die Herkunfts- oder Transitländer.

S 4

Die Regierung der Republik Polen verpflichtet sich, die Hälfte der für Sachausgaben vorgesehenen Mittel aus der von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gewährten Finanzhilfe für die Beschaffung von Erzeugnissen aus deutscher Produktion zu verwenden. Sind darüber hinaus Produkte nach Qualität und Preis vergleichbar, wird Erzeugnissen aus deutscher Produktion der Vorzug eingeräumt.

S 5

Die Verwendung der in § 1 genannten Finanzhilfe ist ausschließlich für die Verwirklichung der in Art. 2 und 3 des Abkommens genannten Ziele zulässig. Die Finanzhilfe wird für die in § 3 genannten Aufgaben in einem angemessenen Verhältnis verwendet.

S 6

Der Minister für innere Angelegenheiten der Republik Polen unterrichtet den ständigen Ausschuß nach Art. 7 des Abkommens über die Verwendung der nach § 1 gewährten Finanzhilfe.

Geschehen zu Bonn
am 07. Mai 1993

in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache,
wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Der Bundesminister des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

Der Minister für innere
Angelegenheiten der
Republik Polen

Andrzej Milczanowski

Klaus Töpfer

[POLISH TEXT — TEXTE POLONAIS]

P O R O Z U M I E N I E

*między Rządem Republiki Federalnej Niemiec
a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej
o współpracy w zakresie skutków
wynikających z ruchów migracyjnych*

*Rząd Republiki Federalnej Niemiec
i
Rząd Rzeczypospolitej Polskiej*

- dążąc do konstruktywnego współdziałania w duchu Traktatu między Republiką Federalną Niemiec a Rzecząpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy podписанego w dniu 17 czerwca 1991 r.,
- uznając, że w interesie obu Państw oraz współpracy europejskiej jest włączenie Rzeczypospolitej Polskiej do Wspólnot Europejskich, w tym jej uczestnictwo w systemie współpracy państw członkowskich tych Wspólnot w dziedzinie prawa azylowego,
- mając świadomość zobowiązań wynikających z Konwencji dotyczącej statusu uchodźców sporzązonej w Genewie dnia 28 lipca 1951 r. oraz Protokołu dotyczącego statusu uchodźców sporzązonego dnia 31 stycznia 1967 r. oraz wynikających z Konwencji Europejskiej o ochronie praw człowieka i podstawowych wolności z dnia 4 listopada 1950 r.
- dążąc do stworzenia regionalnego a w przyszłości ogólnoeuropejskiego systemu porozumień o readmisji,
- mając świadomość, że niekontrolowany ruch migracyjny w obecnych rozmiarach oraz działania podjęte przez państwa europejskie, jak również zmiana prawa azylowego w Republice Federalnej Niemiec spowodują zwiększyły napływ uchodźców i nielegalnych migrantów do Rzeczypospolitej Polskiej, także jako wynik wzmożonego odsyłania osób z Republiki Federalnej Niemiec do Rzeczypospolitej Polskiej na podstawie Porozumienia między Rządami państw grupy Schengen i Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o przyjmowaniu osób przebywających bez zezwolenia z dnia 29 marca 1991 r.,

uzgodniły co następuje:

Artykuł 1

1. Umawiające się Strony potwierdzają swoje wzajemne zobowiązania wynikające z Porozumienia między Rządami państw grupy Schengen a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o przyjmowaniu osób przebywających bez zezwolenia z dnia 29 marca 1991 r.
2. Umawiające się Strony uzgadniają, że postanowienia Porozumienia, o którym mowa w ustępie 1 nie będą stosowane do osób, które znalazły się na terytorium Republiki Federalnej Niemiec i złożyły wniosek o azyl przed dniem, który Umawiające się Strony określą w drodze wymiany not.
3. Umawiające się Strony uzgadniają, że postanowienia Porozumienia, o którym mowa w ustępie 1, nie będą stosowane do osób, które nie spełniają warunków do wjazdu i za wiedzą władz przebywają dłużej niż sześć miesięcy na terytorium Państwa jednej z Umawiających się Stron.
4. Rząd Republiki Federalnej Niemiec będzie rozpatrywać także wnioski o azyl po terminie określonym w ustępie 2 złożone przez osoby, które przy weździe na terytorium Republiki Federalnej Niemiec spełniały warunki konieczne do wjazdu.

Artykuł 2

Rząd Republiki Federalnej Niemiec będzie uczestniczyć w pokrywaniu kosztów ponoszonych przez Rząd Rzeczypospolitej Polskiej w związku z rozbudową instytucji zajmujących się rozpatrywaniem wniosków o przyznanie prawa azylu lub statusu uchodźcy oraz kształceniem kadr zajmujących się postępowaniem w tych sprawach i w tym celu będzie udzielać także pomocy administracyjnej.

Artykuł 3

Rząd Republiki Federalnej Niemiec będzie udzielać Rządowi Rzeczypospolitej Polskiej pomocy w zakresie wyposażenia w środki transportu, łączności i sprzęt techniczny oraz pomocy organizacyjnej i finansowej w celu przeciwdziałania niekontrolowanym ruchom migracyjnym.

Artykuł 4

1. Świadczenia, o których mowa w artykułach 2 i 3, będą dotyczyć w szczególności:

- rozbudowy technicznego systemu zabezpieczeń granicy państwowej Rzeczypospolitej Polskiej,
 - finansowych obciążień ponoszonych przez Rząd Rzeczypospolitej Polskiej w związku z wzmożonym odsyłaniem cudzoziemców z Republiki Federalnej Niemiec do krajów, z których przyjechali lub do krajów ich pochodzenia,
 - tworzenia infrastruktury do przeprowadzania postępowania azylowego oraz utrzymania osób ubiegających się o przyznanie prawa azylu lub status uchodźcy w związku z rosnącą liczbą postępowań w tych sprawach,
 - tworzenia centralnego systemu ewidencji danych dotyczących cudzoziemców,
 - kształcenia funkcjonariuszy Straży Granicznej i Policji oraz pracowników zajmujących się postępowaniem azylowym.
2. Rodzaj i zakres świadczeń oraz dalsze szczegóły programu świadczeń i jego praktyczna realizacja określane będą na okresy dwuletnie przez Ministrów Spraw Wewnętrznych Umawiających się Stron w dodatkowych protokołach, które stanowić będą część składową niniejszego Porozumienia.

Artykuł 5

Umawiające się Strony będą się wzajemnie informować o tendencjach i zdarzeniach, które mogą doprowadzić do gwałtownego lub masowego wzrostu liczby uchodźców lub nielegalnych migrantów na terytoriach ich państw.

Artykuł 6

1. Jeżeli nadzwyczajne wydarzenia doprowadzą do gwałtownego lub masowego napływu na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej uchodźców lub nielegalnych migrantów, Rząd Republiki Federalnej Niemiec zezwoli na wjazd określonym grupom tych osób na terytorium swego Państwa.
2. Umawiające się Strony we wzajemnym porozumieniu ustalą zaistnienie przesłanek, o których mowa w ustępie 1, oraz liczbę i procedurę przyjęcia tych osób.
3. W przypadkach, o których mowa w ustępie 1, Umawiające się Strony mogą oprócz tego uzgodnić inne formy pomocy.

Artykuł 7

1. Utworzona zostanie stała komisja, do której każda z Umawiających się Stron oddeleguje po trzech przedstawicieli. Komisja będzie obradowała co najmniej raz w roku.
2. Zadaniem komisji jest ocena realizacji niniejszego Porozumienia oraz w razie potrzeby przygotowanie propozycji adresowanych do Umawiających się Stron w zakresie stosowania i interpretacji niniejszego Porozumienia.

Artykuł 8

1. Niniejsze Porozumienie wchodzi w życie po upływie trzydziestu dni od dnia, w którym Umawiające się Strony powiadomią się w drodze wymiany not, że zostały spełnione wewnętrzpaństwowe warunki wymagane do wejścia Porozumienia w życie.
2. Umawiające się Strony uzgadniają tymczasowe stosowanie postanowień niniejszego Porozumienia od ósmego dnia po jego podpisaniu.

Artykuł 9

1. Niniejsze Porozumienie zawiera się na czas nieokreślony.
2. Każda z Umawiających się Stron, po konsultacji z drugą Umawiającą się Stroną może niniejsze Porozumienie zawiesić lub wypowiedzieć z ważnych przyczyn w drodze notyfikacji.
3. Zawieszenie lub wypowiedzenie niniejszego Porozumienia wchodzi w życie po upływie sześciu miesięcy od dnia otrzymania noty o zawieszeniu lub wypowiedzeniu przez drugą Umawiającą się Stronę.

Sporządzono w Bonn dnia 07 maja 1993
w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym
obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Z upoważnienia

Rządu

Republiki Federalnej Niemiec

Z upoważnienia

Rządu

Rzeczypospolitej Polskiej

Wojciech Trumpp

oficjalnej Milczenia

Wojciech Trumpp

PROTOKÓŁ

z dnia 07 maja 1993 roku

do POROZUMIENIA

*między Rządem Republiki Federalnej Niemiec
a Rządem Republiki Rzeczypospolitej Polskiej
o współpracy w zakresie skutków
wynikających z ruchów migracyjnych*

§ 1

Zgodnie z art. 4 Porozumienia między Rządem Rzeczypospolitej Polskiej a Rządem Republiki Federalnej Niemiec o współpracy w zakresie skutków wynikających z ruchów migracyjnych, Rząd Republiki Federalnej Niemiec udziela Rządowi Rzeczypospolitej Polskiej pomocy finansowej w wysokości 120 mln DM (słownie: sto dwadzieścia milionów marek niemieckich), na lata 1993 - 1994.

§ 2

1. Pomoc finansowa, o której mowa w § 1, zostanie udzielona w następujący sposób:

a) pierwsza rata zostanie przekazana w wysokości 40 mln

DM (słownie: czterdzieści milionów marek niemieckich) bezpośrednio po uchwale Bundesratu w sprawie zmiany prawa azylowego w Republice Federalnej Niemiec.

- b) kolejne raty zostaną przekazane jak następuje: do dnia 10 stycznia 1994 roku w wysokości 25 mln DM (słownie: dwadzieścia pięć milionów marek niemieckich), do dnia 10 kwietnia 1994 roku w wysokości 25 mln DM (słownie: dwadzieścia pięć milionów marek niemieckich) i do dnia 10 lipca 1994 roku w wysokości 30 mln DM (słownie: trzydzieści milionów marek niemieckich).
2. Kwoty, określone w ust. 1, zostaną przekazane na konto bankowe podane przez Rząd Rzeczypospolitej Polskiej.

§ 3

1. Pomoc finansowa, o której mowa w § 1, zostanie skierowana do instytucji właściwych dla realizacji zadań stanowiących części składowe programu działań w zakresie przyjmowania i opieki nad uchodźcami i azylantami oraz w zakresie wzmocnienia ochrony strefy przygranicznej Rzeczypospolitej Polskiej.
2. Zadania stanowiące części składowe programu działań, o których mowa w ust. 1, obejmują w szczególności:
 - a) w ramach tworzenia infrastruktury uchodźczo-azylowej:
 - prowadzenie procedury nadawania statusu uchodźcy i przyznawania prawa azylu,
 - utworzenie ośrodków recepcyjnych i pobytowych dla uchodźców i azylantów oraz nadzór nad tymi ośrodkami.
 - szkolenie personelu zajmującego się przeprowadzaniem postępowania azylowego.

- wyposażenie w dodatkowe środki transportu, łączności, informatyki oraz w sprzęt biurowy;
- b) w ramach wzmocnienia ochrony granicy państwowej Rzeczypospolitej Polskiej:
 - budowę nowych i rozbudowę istniejących obiektów Straży Granicznej,
 - zakup środków transportu,
 - rozbudowę i modernizację systemu łączności.
 - podejmowanie przedsięwzięć służących zapobieganiu nielegalnej migracji i zwalczaniu zorganizowanej przestępcości granicznej;
- c) w ramach wzmocnienia ochrony porządku publicznego:
 - wyposażenie Policji w dodatkowe środki transportu, łączności i informatyki,
 - organizowanie i finansowanie odsyłania cudzoziemców do krajów pochodzenia lub tranzytowych.

§ 4

Rząd Rzeczypospolitej Polskiej zobowiązuje się do przeznaczenia połowy przewidywanych na wydatki rzeczowe środków z pomocy finansowej udzielonej przez Rząd Republiki Federalnej Niemiec na zakup wyrobów produkcji niemieckiej. Ponadto, przy dokonywaniu zakupów wyrobów o porównywalnej jakości i cenie, wyrobom produkcji niemieckiej przysługuje preferencja.

§ 5

Srodki wymienione w § 1 przeznaczone są wyłącznie na realizację celów określonych w art. 2 i 3 Porozumienia. Srodki te

będą przeznaczone na realizację zadań określonych w § 3 w stosownych proporcjach.

§ 6

Minister Spraw Wewnętrznych Rzeczypospolitej Polskiej informuje stałą komisję, powołaną zgodnie z art. 7 Porozumienia, o wykorzystaniu pomocy finansowej, o której mowa w § 1.

Sporządzono w dnia
.....
w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim.
przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Federalny Minister Spraw Wewnętrznych Minister Spraw Wewnętrznych
Republiki Federalnej Niemiec Rzeczypospolitej Polskiej

Rudolf SEITERS

Andrzej MILCZANOWSKI

Wiedeń 1971 r.

Andrzej Milczanowski

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF POLAND CONCERNING COOPERATION WITH REGARD TO EFFECTS OF MIGRATORY MOVEMENTS

Endeavouring to work constructively together in the spirit of the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Poland on Good Neighbourly Relations and Friendly Cooperation,

Recognizing that the inclusion of the Republic of Poland in the European Communities and hence its participation in the cooperation among member States in the field of asylum law are in the interests of the two States and of European cooperation,

Aware of their obligations under the Convention relating to the Status of Refugees of 28 July 1951¹ as modified by the Protocol relating to the Status of Refugees of 31 January 1967² and under the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms of 4 November 1950,³

Eager to create a regional and eventually a European system of readmission agreements,

Cognizant that uncontrolled migratory movements on the present scale and the measures taken by the European States, together with the changes in asylum law in the Federal Republic of Germany, are intensifying the flow of refugees and illegal immigrants into the Republic of Poland, in part as the result of the increased return of persons from the Federal Republic of Germany to the Republic of Poland under the Convention of 29 March 1991 between the Governments of the Schengen Group States and the Government of the Republic of Poland regarding the Readmission of Illegal Aliens,

Have agreed as follows:

Article I

1. The Contracting Parties reaffirm their mutual obligations under the Convention of 29 March 1991 between the Governments of the Schengen Group States and the Government of the Republic of Poland regarding the Readmission of Illegal Aliens.

2. The Contracting Parties agree that the provisions of the Convention referred to in paragraph 1 shall not apply to persons who were in the territory of the Federal Republic of Germany and had applied for asylum prior to the date to be indicated in an exchange of notes between the Contracting Parties.

3. The Contracting Parties agree that the provisions of the Convention referred to in paragraph 1 shall not apply to persons who do not meet the conditions for entry but have

1. United Nations, *Treaty Series*, vol. 189, p. 137.

2. *Ibid.*, vol. 606, p. 267.

3. *Ibid.*, vol. 213, p. 221.

been in the territory of one of the Contracting Parties with the knowledge of its authorities for longer than six months.

4. The Government of the Federal Republic of Germany shall continue, after the date referred to in paragraph 2, to examine applications for asylum of persons who upon entry into the territory of the Federal Republic of Germany met the conditions for entry.

Article 2

The Government of the Federal Republic of Germany shall share the costs incurred by the Government of the Republic of Poland in connection with the expansion of the institutions responsible for the examination of applications for asylum or applications for recognition of refugee status and the training of personnel who handle such procedures, and it shall also provide administrative assistance.

Article 3

The Government of the Federal Republic of Germany shall provide support to the Government of the Republic of Poland in obtaining means of transportation and communications and other technical equipment, as well as organizational and financial assistance, to prevent uncontrolled migratory movements.

Article 4

1. The services referred to in articles 2 and 3 shall relate in particular to:

Expansion of the technical frontier security system of the Republic of Poland;

The financial burden on the Government of the Republic of Poland in connection with the increased return of aliens from the Federal Republic of Germany to the countries from which they came or to their countries of origin;

Establishment of infrastructure for conducting asylum procedures and for accommodating applicants for asylum and persons claiming refugee status, in view of the growing number of such procedures;

Creation of a central data collection system on aliens;

Training for frontier guards and police officers and persons responsible for asylum procedures.

2. The nature and scope of the services and further details of the service programme and its execution shall be set forth in supplementary protocols agreed upon between the Interior Ministers of the Contracting Parties every two years, which shall form an integral part of this agreement.

Article 5

The Contracting Parties shall report to each other about trends and events that might lead to a sudden or massive increase in refugees or illegal immigrants entering the territories of their States.

Article 6

1. If unusual circumstances should lead to a sudden or massive influx of refugees or illegal immigrants into the territory of the Republic of Poland, the Government of the Federal Republic of Germany shall allow specified groups of such persons entry into the territory of its State.

2. The Contracting Parties shall decide by mutual agreement whether a situation fulfils the conditions described in paragraph 1 and shall determine the number of persons to be admitted and the procedure for admitting them.

3. In situations as described in paragraph 1, the Contracting Parties may also agree on other forms of assistance.

Article 7

1. A permanent committee shall be formed, to which each Contracting Party shall delegate three representatives. The committee shall meet at least once a year.

2. The purpose of the committee shall be to assess the implementation of this Agreement and to formulate suggestions, when necessary, to the Contracting Parties regarding the application and interpretation of this Agreement.

Article 8

1. This Agreement shall enter into force within thirty days from the date on which the Contracting Parties have notified each other through an exchange of notes that the domestic requirements for its entry into force have been met.

2. The Contracting Parties agree that this Agreement shall be provisionally applicable on the eighth day from the date of signature.

Article 9

1. This Agreement is concluded for an indefinite period.

2. Either Contracting Party may suspend or terminate this Agreement for good cause by notification after consultation with the other Contracting Party.

3. The suspension or termination shall enter into force six months after receipt by the other Contracting Party of the note announcing the suspension or termination of the Agreement.

DONE at Bonn on 7 May 1993 in two originals, each in the German and Polish languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:
JÜRGEN TRUMPF RUDOLF SEITERS

For the Government of the Republic of Poland:
ANDRZEJ MILCZANOWSKI

PROTOCOL OF 7 MAY 1993 TO THE AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF POLAND CONCERNING COOPERATION WITH REGARD TO THE EFFECTS OF MIGRATORY MOVEMENTS

Article 1

In accordance with article 4 of the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Poland concerning Cooperation with regard to the Effects of Migratory Movements, the Government of the Federal Republic of Germany shall grant the Government of the Republic of Poland financial assistance in the amount of DM 120 million (one hundred and twenty million deutsche mark) for the years 1993 and 1994.

Article 2

1. The financial assistance referred to in article 1 shall be disbursed as follows:

(a) The first instalment in the amount of DM 40 million (in words: forty million deutsche mark) shall be remitted immediately following a decision by the Federal Council on changes in asylum law in the Federal Republic of Germany;

(b) Subsequent instalments shall be remitted as indicated below:

By 10 January 1994 -- DM 25 million (in words: twenty-five million deutsche mark);

By 10 April 1994 -- DM 25 million (in words: twenty-five million deutsche mark);

By 10 July 1994 -- DM 30 million (in words: thirty million deutsche mark).

The instalments mentioned in paragraph 1 shall be remitted to a bank account to be indicated by the Government of the Republic of Poland.

Article 3

The financial assistance referred to in article 1 shall be disbursed to the institutions responsible for carrying out the functions that are part of the programme of measures to admit and process refugees and applicants for asylum and of measures to strengthen the frontier security of the Republic of Poland.

The functions referred to in paragraph 1 that are part of the programme of measures shall include in particular:

(a) With regard to the establishment of a refugee and asylum infrastructure:

Carrying out the procedures for granting refugee status and recognizing right to asylum;

Creating and supervising facilities for receiving and accommodating refugees and asylum-seekers;

Training of personnel responsible for carrying out asylum procedures;

Procuring additional transport, communications, data-processing and office automation equipment;

(b) With regard to strengthening the frontier security of the Republic of Poland:

Construction of new and expansion of existing frontier security facilities;

Purchase of transport equipment;

Expansion and modernization of communications systems;

Measures to prevent illegal immigration and combat organized cross-border crime;

(c) With regard to strengthening protection of public order:

Providing the police with additional transport, communications and data-processing equipment;

Organizing and financing the return of aliens to their countries of origin or transit.

Article 4

The Government of the Republic of Poland undertakes to spend half of the funds earmarked for equipment expenditures from the financial assistance provided by the Government of the Federal Republic of Germany on the procurement of products of German make. In addition, where products are comparable in quality and price, those of German make shall be given preference.

Article 5

The financial assistance referred to in article 1 hereof shall be used solely for the realization of the purposes indicated in articles 2 and 3 of the Agreement. The financial assistance shall be allocated in a reasonable proportion among the functions mentioned in article 3 hereof.

Article 6

The Minister of the Interior of the Republic of Poland shall report to the permanent committee established pursuant to article 7 of the Agreement concerning the use of the financial assistance to be provided pursuant to article 1 hereof.

DONE at Bonn on 7 May 1993 in two originals, each in the German and Polish languages, both texts being equally authentic.

The Federal Minister of the Interior of the Federal Republic of Germany:

RUDOLF SEITERS

The Minister of the Interior of the Republic of Poland:

ANDRZEJ MILCZANOWSKI

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE
POLOGNE RELATIF À LA COOPÉRATION CONCERNANT LES EF-
FETS DES MOUVEMENTS MIGRATOIRES

Cherchant à coopérer de manière constructive dans l'esprit de l'Accord de bon voisinage et de coopération amicale entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne,

Reconnaissant que l'inclusion de la République de Pologne à l'Union européenne et, à ce titre, sa participation à la coopération des États membres dans le domaine du droit d'asile sont dans l'intérêt des deux États et de la coopération européenne,

Conscients de leurs obligations au titre de la Convention du 28 juillet 1951 relative au statut des réfugiés¹, modifiée par le Protocole du 31 janvier 1967 sur le statut des réfugiés² et de la Convention pour la protection des droits de l'homme et des libertés fondamentales en date du 4 novembre 1950³,

S'efforçant de constituer un système régional et éventuellement européen d'accords de réadmission,

Reconnaissant que l'ampleur actuelle des mouvements migratoires non contrôlés et le fait que les mesures prises par les États membres de l'Union européenne et de l'évolution du droit d'asile en République fédérale d'Allemagne intensifient l'afflux de réfugiés et d'immigrants clandestins en République de Pologne, à la suite notamment du nombre accru de personnes venues de la République fédérale d'Allemagne et retournant en République de Pologne en vertu de la Convention du 29 mars 1991 entre les Gouvernements des États du Groupe Schengen et le Gouvernement de la République de Pologne concernant la réadmission des immigrants clandestins,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

1. Les Parties contractantes réaffirment leurs obligations mutuelles en vertu de la Convention du 29 mars 1991 entre les Gouvernements des États du Groupe Schengen et le Gouvernement de la République de Pologne concernant la réadmission des immigrants clandestins.

2. Les Parties contractantes sont convenues que les dispositions de la Convention visée au paragraphe 1 ne s'appliquent pas aux personnes qui se trouvaient sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne et qui avaient demandé asile avant la date indiquée dans l'échange de notes entre les Parties contractantes.

1. Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 189, p. 137.

2. Ibid., vol. 606, p. 267.

3. Ibid., vol. 213, p. 221.

3. Les Parties contractantes sont convenues que les dispositions de la Convention visée au paragraphe 1 ne s'appliquent pas aux personnes ne remplies pas les conditions d'entrée requises mais qui ont été présentes sur le territoire de l'une des Parties contractantes pendant plus de six mois et dont ladite présence était connue des autorités.

4. Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne continuera, après la date visée au paragraphe 2 d'examiner les demandes d'asile des personnes qui au moment de l'entrée sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne remplissaient les conditions requises pour ladite entrée.

Article 2

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne assumera la moitié des frais encourus par le Gouvernement de la République de Pologne en ce qui concerne le développement des institutions chargées d'examiner les demandes d'asile ou les demandes de reconnaissance du statut de réfugié et la formation du personnel chargé de s'occuper de ces procédures, et fournira également une assistance administrative.

Article 3

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne fournira une aide au Gouvernement de la République de Pologne s'agissant d'obtenir les moyens de transport et de communication et autres équipements techniques ainsi qu'une assistance financière et organisationnelle afin de prévenir les mouvements migratoires non contrôlés.

Article 4

1. Les services visés aux Articles 2 et 3 porteront en particulier sur les éléments suivants :

Développement du système technique de protection de la frontière de la République de Pologne;

Alourdissement des dépenses que devra supporter le Gouvernement de la République de Pologne en raison de la réadmission d'étrangers reconduits depuis la République fédérale d'Allemagne vers les pays d'où ils venaient ou vers leur pays d'origine;

Mise en place d'une infrastructure pour traiter les procédures d'asile et recevoir les demandeurs d'asile et les personnes demandant le statut de réfugiés, étant donné le nombre croissant de procédures de ce genre;

Création d'un système central de collecte des données relatives aux étrangers;

Formation de gardes de frontières et d'agents de police ainsi que des personnes chargées des procédures d'asile.

2. La nature et la portée des services ainsi que d'autres détails du programme et sa mise en œuvre seront définis par des protocoles supplémentaires mis au point d'un commun accord par les Ministres de l'intérieur des Parties contractantes tous les deux ans et qui feront partie intégrante du présent Accord.

Article 5

Les Parties contractantes se tiendront mutuellement informées des tendances et des faits nouveaux de nature à provoquer des mouvements migratoires massifs de réfugiés ou d'immigrants clandestins sur leurs territoires.

Article 6

1. En cas d'événements exceptionnels provoquants sur le territoire de la République de Pologne un afflux massif de réfugiés ou d'immigrants clandestins, le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne autorisera des groupes spécifiés de ces personnes à pénétrer sur son territoire.

2. Les Parties contractantes décideront d'un commun accord si les conditions visées au paragraphe 1 existent et détermineront le nombre des personnes à admettre et les modalités de cette admission.

3. Dans les cas visés au paragraphe 1, les Parties contractantes pourront aussi convenir d'autres formes d'aide.

Article 7

1. Un comité permanent sera constitué, qui sera composé de trois représentants de chacune des Parties contractantes et qui se réunira au moins une fois par an.

2. Ledit comité aura pour objectif d'évaluer la mise en oeuvre du présent Accord et de formuler des suggestions, le cas échéant, aux Parties contractantes en ce qui concerne l'application et l'interprétation du présent Accord.

Article 8

1. Le présent Accord entrera en vigueur dans les trente jours à partir de la date à laquelle les Parties contractantes se seront notifiée par un échange de notes que les conditions internes nécessaires à son entrée en vigueur ont été satisfaites.

2. Les Parties contractantes sont convenues que le présent Accord sera applicable sur une base temporaire le huitième jour à partir de la date de la signature.

Article 9

1. Le présent Accord est conclu pour une période indéfinie.

2. Chaque Partie contractante peut suspendre ou dénoncer le présent Accord pour des raisons valables après en avoir averti l'autre Partie par notification, après consultation avec l'autre Partie contractante.

3. La suspension ou la dénonciation du présent Accord prendra effet six mois après la réception de la notification de ladite suspension ou dénonciation par l'autre Partie contractante.

Fait à Bonn le 7 mai 1993 en deux exemplaires originaux, chacun dans les langues allemande et polonaise, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

JÜRGEN TRUMPF

RUDOLF SEITERS

Pour le Gouvernement de la République de Pologne :

ANDRZEJ MILCZANOWSKI

PROTOCOLE DU 7 MAI 1993 À L'ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE POLOGNE RELATIF À LA COOPÉRATION CONCERNANT LES EFFETS DE MOUVEMENTS MIGRATOIRES.

Article 1

Conformément à l'Article 4 de l'Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Pologne relatif à la Coopération concernant les effets des mouvements migratoires, le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne accorde au Gouvernement de la République de Pologne une aide financière pour un montant de DM 120 millions (cent vingt millions de deutsche mark) pour les années 1993 et 1994.

Article 2

1. L'assistance financière visée à l'Article 1 sera décaissée comme suit :

a) Un premier versement d'un montant de DM 40 millions (quarante millions de deutsche mark) sera viré immédiatement après la décision prise par le Conseil fédéral à propos des modifications au droit d'asile en République fédérale d'Allemagne ;

b) Les versements suivants seront effectués comme suit :

Au plus tard le 10 janvier 1994 DM 25 millions (vingt cinq millions de deutsche mark) ;

Au plus tard le 10 avril 1994 DM 25 millions (vingt cinq millions de deutsche mark)

Au plus tard le 10 juillet 1994 DM 30 millions (trente millions de Deutsche mark)

Les versements visés au paragraphe 1 seront versés sur un compte bancaire qui sera indiqué par le Gouvernement de la République de Pologne.

Article 3

L'aide financière visée à l'Article 1 sera versée aux institutions chargées d'accomplir les fonctions faisant partie du programme de mesures visant l'admission et le traitement des réfugiés et des demandeurs d'asile et des mesures ayant pour but de renforcer la sécurité aux frontières de la République de Pologne.

Les fonctions visées au paragraphe 1 qui font partie du programme de mesures comprendront notamment :

a) En ce qui concerne la mise en place d'une infrastructure en matière de réfugiés et de demandeurs d'asile :

Modalités d'octroi du statut de réfugiés et de reconnaissance du droit d'asile;

Création et la supervision d'installations pour recevoir et loger les réfugiés et les demandeurs d'asile;

Formation d'un personnel chargé d'appliquer les modalités d'asile;

Achats des moyens supplémentaires de transport, communication, traitement des données et matériel d'automatisation des bureaux;

b) En ce qui concerne le renforcement de la sécurité aux frontières de la République de Pologne :

Construction d'installations de sécurité aux frontières et agrandissement des installations existantes;

Achat de matériels de transport;

Expansion et modernisation des systèmes de communication;

Mesures visant à prévenir l'immigration clandestine et à combattre les activités d'associations de malfaiteurs à travers les frontières;

c) En ce qui concerne le renforcement de la protection de l'ordre public :

Fourniture à la police de matériel supplémentaire de transport, communication et traitement des données;

Organisation et financement du retour des étrangers dans leur pays d'origine ou de transit.

Article 4

Le Gouvernement de la République de Pologne s'engage à consacrer la moitié des fonds prévus pour les dépenses de matériel provenant de l'assistance financière accordée par la République fédérale d'Allemagne à l'acquisition de produits allemands. En outre, à égalité de prix et de qualité, il donnera la préférence aux produits allemands.

Article 5

L'assistance financière visée à l'Article 1 du présent Protocole sera exclusivement utilisée pour la réalisation des objectifs indiqués aux Articles 2 et 3 de l'Accord. Elle sera répartie de façon raisonnable entre les fonctions mentionnées à l'Article 3 du présent Protocole.

Article 6

Le Ministre de l'intérieur de la République de Pologne tiendra le Comité permanent établi conformément à l'Article 7 du présent Accord au courant de l'utilisation de l'assistance financière accordée en application de l'Article 1 du présent Protocole.

Fait à Bonn le 7 mai 1993 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et polonaise, les deux textes faisant également foi.

Le Ministre fédéral de l'intérieur de la République fédérale d'Allemagne :

RUDOLF SEITERS

Le Ministre de l'intérieur de la République de Pologne :

ANDRZEJ MILCZANOWSKI